

# Contra NPD-Verbot

Zusammengestellt von Andreas Bernig

## 1. Quelle: Dr. Gerd Wiegel (Mitarbeiter Bundestagsfraktion)

### Prinzipielle Gründe

*1. Aus demokratischen Erwägungen ist das Verbot von Parteien und damit von politischen Meinungen nicht akzeptabel.*

Begründung: Eine freiheitliche Demokratie muss auch abweichende, radikale Auffassungen ertragen können. Eine Demokratie ohne Demokraten ist ohnehin zum Untergang verurteilt. Die demokratische Kraft einer Gesellschaft muss groß genug sein, um den Feinden der Demokratie etwas entgegen zu setzen.

*2. Die Reduzierung der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf die Frage von Verboten wird dem Thema nicht gerecht.*

Begründung: Die Fixierung auf staatliche Maßnahmen lenkt den Blick von der notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus auf die Zuständigkeit des Staates ab. Unterstützt wird damit eine passive, auf autoritäre Lösungen setzende Haltung.

### Taktisch

*1. Verbote und Einschränkungen gegen rechts schlagen immer auch auf die Linke zurück.*

Begründung: Mit der Legitimierung staatlich autoritärer Maßnahmen gegen rechts, werden solche Maßnahmen auch gegen links legitimiert. Wenn wir es schaffen, das allgemein akzeptierte Bild der gleichwertigen Gefahren von rechts und links (Extremismusmodell) zu delegitimieren, dann sind wir stark genug, der extremen Rechten gesellschaftlich zu begegnen.

*2. Verbote gegen rechts führen nur zu einer organisatorischen Veränderung der Szene, nicht zu ihrer dauerhaften Schwächung.*

Begründung: Die Erfahrungen mit zahlreichen Verbotsverfahren gegen rechts (z.B. FAP u.a.) haben gezeigt, dass es in Kürze zu einer Neustrukturierung kommt. Die in den 90er Jahren entstandene Kameradschaftsszene ist eine Folge der Verbotsmaßnahmen aus den 90ern.

**2.Quelle:** [www.bpb.de](http://www.bpb.de) (Bundeszentrale für Politische Bildung)

## **Falsche Hoffnung NPD-Verbot**

**von Dierk Borstel**

Ein einfaches Mittel den Geldfluss zu unterbinden ist die Wahl einer demokratischen Partei oder eine Überarbeitung der Parteifinanzierungen im Allgemeinen.

Es ist immer zu bedenken, dass ein Parteiverbot ein zunächst undemokratisches Mittel ist, welches erst anzuwenden ist, wenn die Demokratie tatsächlich in Gefahr ist und wesentliche sonstige Mittel der Auseinandersetzung ausgeschöpft sind.

Der Souverän jedoch bestimmt in einer Demokratie, durch wen er sich vertreten lassen will.

Müssen die Bürger somit vor sich selbst geschützt werden, ließe sich fragen. Im gewissen Sinne lautet die Antwort "ja". Nur dass dieser Schutz eher in den Bereichen politischer Bildung, der Stärkung der demokratischen Netzwerke in der Zivilgesellschaft als Sozialisationsinstanz der Bürger und der attraktiven Gestaltung der demokratischen Parteien und deren Erkennen von zentralen Politikfeldern und Entwicklung glaubhafter Antworten auf offene Fragen der Bürger besteht und eben nicht darin, besonders den Parteien diese (manchmal unbequeme) Arbeit abzunehmen, indem unliebsame Konkurrenten schlicht verboten werden.

Ein Verbot der NPD würde diese Grundstrukturen nicht tangieren. Ein Arbeitszweig fiel weg, genügend andere blieben übrig.

An die Stelle eines Verbots könnte stattdessen eine Ausweitung dieses Ansatzes treten- öffentlichkeitswirksamer Ausstieg von Rechtsextremisten, dh. Aussteigerprogramme wieder aktivieren hier: EXIT Deutschland

Es ist zu beachten, dass Verbote von Parteien in vielen traditionellen Demokratien wie in Großbritannien oder den USA schlicht undenkbar sind und explizit als undemokratisch angesehen werden, da dort ein erweitertes Verständnis von Meinungsfreiheit verbreitet ist.

Selbst Befürworter des Verbots geben zu, dass rechtsextreme Gewalt- und Dominanzbestrebungen bereits jetzt verboten sind und deshalb der rechtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Gegenwehr und nicht alleine eines Parteiverbots bedürfen.

Ein Verbot schaffe neue rechtsextreme Märtyrer und damit neue Helden des Rechtsextremismus, die aus dem Opferstatus des Verbotenen politisches Kapital schlagen werden.

Betrachtet man die Geschichte des bisher einzigen Verbots einer rechtsextremen Partei in Deutschland, so sind aus der Debatte keine neuen rechtsextremen Helden überliefert. Hinzu kommt, dass die rechtsextreme Szene bereits jetzt über eigene Vordenker, Führungsgestalten und Musikikonen verfügt. Ob deren Ansehen durch ein Verbot tatsächlich gesteigert würde oder neue (wer sollte das sein?) entstehen, ist zumindest fraglich.

Nur bedeutet ein NPD Verbot eben nicht, dass der Rechtsextremismus verschwunden ist. Es ist lediglich die Hülle einer Partei, die nicht mehr verwendet werden darf.

Rechtsextreme Störungen, Unterwanderungen, Wortergreifungsstrategien, Probleme mit entsprechenden Schülern, selbsternannten Fußballfans, aus dem Ruder geratenden Jugendclubs und politisch interessierten Ideologen wie Spinnern wird es trotz Verbot weiterhin geben.

Hier hilft nur, den Umgang mit diesen Personen festzulegen, die politische Auseinandersetzung zu lernen und Regeln des Umgangs festzulegen und umzusetzen. Dieser Weg ist mühsam aber als einziger erfolgreich. Die NPD ist zwar nicht verboten, aber dennoch rassistisch, antisemitisch und antidemokratisch und deshalb noch lange keine "normale Partei wie alle anderen". An die Stelle des kalten Verbots muss die feurige politische Auseinandersetzung mit ihren Werten, Zielen und politischen Aussagen treten.

Insofern bietet die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien sogar auch die Chance zur demokratischen Selbstdefinition und öffentlichen Erklärung.

Die Forderung soll Standhaftigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der demokratischen Seite suggerieren, dürfte aber eher Ausdruck von Schwäche und Hilflosigkeit denn von Stärke sein.

Wie ist das grundsätzliche Dilemma des letzten Verbotsversuches aus der Welt zu schaffen?

Der Rechtsextremismus konnte sich dort z. T. als Lebenswelt und gedankliche wie praktische Alternative zur Demokratie etablieren und der NPD gelang es, sich als Parlamentsvertretung anzubieten. Gegen dieses Problem hilft aber kein Verbot, kein symbolhafter Aufstand irgendwelcher Anständigen sondern nur eine Politik, die den peripheren, strukturschwachen Regionen wieder eine Zukunft vermittelt.

Für ungelöst halte ich die Frage, wie überhaupt ein neues Verfahren eingeleitet werden könnte, so lange weder ein politischer Wille erkennbar ist, die Bedingungen des Bundesverfassungsgerichts zu erfüllen, noch die parallelen Diskurse zur Ausnutzung aller staatlichen Optionen zum Umgang mit den rechtsextremen Phänomenen überzeugen.

### 3. Quelle: [www.denktag.de](http://www.denktag.de) :

Grundsätzlich könnte man die NPD mit Sicherheit, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben, verbieten. Doch man muss sich im klaren sein, was ein Verbot bezwecken würde. Es würde dadurch eine rechte Untergrundorganisation entstehen, die vergleichbar wäre mit den islamistischen Terrorgruppierungen. Dies hätte zur Folge, dass sich im Untergrund eine enorme Anhängerschaft der „Rechten“ bilden könnte, deren Ausmaß für die anderen Menschen zuerst nicht erkennbar wäre.

Des Weiteren ist Deutschland ein Land, das auf demokratische Grundsätze aufgebaut ist. Deshalb hat jeder das Recht seine eigenen Interessen zu vertreten, solange diese der demokratischen Ordnung entsprechen. Diesbezüglich kann man der NPD momentan noch keinen konkreten Vorwurf machen und man muss abwarten wie sich die NPD in Zukunft entwickeln wird.

Falls aber doch ein Antrag auf ein Verbot der NPD gestellt wird und dieser dann vom Verfassungsschutz wieder abgelehnt wird, käme die NPD gestärkt aus dieser Sache heraus und könnte sich damit brüsten, dass es eine demokratische Partei ist. Eine weitere Folge wäre, dass die Glaubwürdigkeit der deutschen Politiker stark nachlassen würde

Der letzte wichtige Grund gegen ein NPD Verbot ist regelmäßig in den aktuellen Ereignissen gut zu betrachten. Die Politiker streiten sich in der Öffentlichkeit über ein solches Verbot und somit kommt die NPD immer mehr ins Rampenlicht. Und wie jeder weiß, ist schlechte Werbung immer noch deutlich besser als überhaupt keine.

#### **4. Quelle: politik blog Deutschland**

##### **Contra überwiegt Pro - kein NPD Verbot**

Von [Martin Kulik](#) | 13. November 2006 | 12:55

Doch erhebliche Nachteile stehen dagegen.

- Das Gedankengut der NPD Anhänger kann nicht verboten werden: Gedanken können nicht verboten werden. Wer jetzt Anhänger der NPD ist, wird sich auch durch ein Verbot nicht umstimmen lassen. Im Gegenteil, eine Radikalisierung der NPD Anhänger dürfte die Folge sein.
- Eine Verfolgung im Untergrund ist schwieriger: ist die NPD erst einmal im Untergrund, dürfte es Polizei und Ermittlungsbehörden wesentlich schwerer fallen, ihre verfassungsfeindlichen und kriminellen Umtriebe zu verfolgen. Konkrete Anklagen gegen einzelne Personen werden so erschwert.
- Eine öffentliche Auseinandersetzung wird erschwert: ist die NPD erst einmal im Untergrund, wird auch die Öffentlichkeit (Medien) schnell das Interesse an ihr verlieren. Nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“, wird die NPD, unbeobachtet und unkritisiert von der Öffentlichkeit, da weiter machen wo sie gestern aufgehört hat.
- Das Verbotene macht attraktiv: gerade für Jugendliche besteht im Reiz des Verbotenen eine erhebliche Anziehungskraft. Es steht zu befürchten, dass eine verbotene NPD so bei Jugendlichen auf noch mehr Interesse stößt.

Die NPD ist kein Problem, das mit dem Mittel des Verbots gelöst werden kann. Noch kann man sie mit geänderten Gesetzen daran hindern, ihre Propaganda zu verbreiten. In Zeiten des Internets und der Globalisierung kann man dies allenfalls erschweren, unterbinden kann man es nicht.

# Pro NPD-Verbot

Zusammengestellt von Andreas Bernig

1. Quelle: Dr. Gerd Wiegel (Mitarbeiter Bundestagsfraktion)

## **Prinzipielle Gründe:**

*1. Faschismus und Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts stehen prinzipiell außerhalb des legitimen politischen Rahmens (Verweis auf Art. 139 GG)*

Begründung: Demokratie darf nicht diejenigen schützen, die die Demokratie abschaffen wollen (Lehren aus der Weimarer Republik).

*2. Rassismus, Antisemitismus sind keine Meinungen wie alle anderen. Wer anderen das Lebensrecht bestreitet, hat keinen Anspruch auf Schutz der freien Meinung.*

Begründung: Nach den historischen Erfahrungen des Faschismus darf der Staat nicht neutral sein, wenn das Lebensrecht anderer bestritten wird.

## **Taktisch:**

*1. Die NPD ist der entscheidende Motor des Neofaschismus in der Bundesrepublik und Kern des Bündnisses mit DVU und Kameradschaften, sie erhält über die Wahlkampfkostenerstattung nicht unerhebliche Steuermittel.*

Begründung: Die Organisation von Aufmärschen, Schulung von Kadern, Finanzierung der rechten Infrastruktur würde mit einem Verbot der NPD empfindlich geschwächt.

*2. Ein NPD-Verbot hätte eine abschreckende Wirkung auf mögliche Sympathisanten und würde die gesamte rechte Szene schwächen.*

Begründung: Während des NPD-Verbotsverfahrens gab es eine deutliche Schwächung des Spektrums, die Abgrenzung zum Kameradschaftsspektrum hat die Aktivitäten merklich begrenzt. „Normalbürger“ nehmen Abstand von einer mit einem Verbot bedrohten Partei.

## **Konsequenzen aus den Positionen:**

1. Prinzipielle Verteidigung liberaler Freiheitsrechte: Wie stehen wir zu Einschränkungen bei NPD-Aufmärschen durch die Polizei (Bsp. Leipzig)? Was ist mit Verboten in Wunsiedel, an NS-Gedenkstätten? Sollen kommunale Träger der Partei weiter Demoverbote beantragen? (Bündnisaspekt)

2. Pro Verbot: Wie können wir unter totalitarismustheoretischen Vorzeichen eine Übertragung auf uns, auf VVN, auf autonome Antifa verhindern? Wie begegnen wir der verbreiteten Erwartung, die Bekämpfung der extremen Rechten sei eine Sache von Staat und Polizei?

3. Welche Auswirkungen haben die jeweiligen Positionen auf die mögliche Forderung nach einer Antifaschistischen Klausel im Grundgesetz?

## 2. Quelle: [www.bpb.de](http://www.bpb.de) (Bundeszentrale für Politische Bildung)

### Falsche Hoffnung NPD-Verbot

von Dierk Borstel

Es ist unerträglich, wenn rechtsextreme Parteien Zugang zu staatlichen Geldern wie Wahlkampfkostenrückerstattungen, Spendenbegünstigungen oder sogar Aufbauhilfen für ihre politische "Bildung" durch parteinahe Stiftungen bekämen. Moralisch ist dem nicht zu widersprechen.

Man dürfe rechtsextremen Parteien keine öffentlichen Plattformen zur Verbreitung ihrer Ideologien zur Verfügung stellen.

Ein Verbot der NPD würde erhebliche Unruhe und Verwirrungen in den Aufbau des rechtsextremen Netzwerkes bringen.

Immer wieder wird auch die Sorge vorgetragen, ein Erfolg der NPD sei negativ für das Ansehen Deutschlands im Ausland.

Rekordhöhe an rechtsextremen Gewalttaten oder die Debatten um so genannte "No-go-areas"

Ein NPD Verbot, so die große Hoffnung, schaffe zusätzlich zentrale Handlungsvereinfachungen in den Kommunen, aber auch im Land. Schließlich müssten demokratische Parteien dann nicht überlegen, wie sie im Kommunal- oder Landesparlament mit den rechtsextremen Konkurrenten umzugehen gedenken.

Die Forderung soll Standhaftigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der demokratischen Seite suggerieren, dürfte aber eher Ausdruck von Schwäche und Hilflosigkeit denn von Stärke sein.

Eine Lösung des Problems bestünde darin, dass die V-Leute offen gelegt würden. Keines der Verfassungsschutzämter und soweit mir bekannt ist auch kein Innenminister ist derzeit bereit, diesen Schritt zu wagen, sodass die zentrale Voraussetzung für ein neues Verfahren willentlich nicht erfüllt wird

Nur ein Argument der Befürworter überzeugt wirklich : Eine Verunsicherung der Szene ist anzustreben.

### **3. Quelle: [www.denktag.de](http://www.denktag.de) :**

Einer wehrhaften Demokratie muss es möglich sein, sich vor ihren Feinden zu schützen. Wie könnte sie das besser, als wenn sie ihnen einfach ihre Organisation nimmt. Natürlich ist es möglich, dass sich Organisationen bilden, die an das Erbe der NPD anknüpfen wollen, aber in diesem Fall muss konsequent weitergegangen werden und auch diese Nachfolgeorganisationen verboten werden. Wenn nun die Bundesorganisation nicht mehr existent ist, drohen auch regional die Kontakte abzureißen, dadurch wird die Arbeit extrem erschwert. Zudem ist es auch ein eindeutiges Zeichen von Politik und Justiz hart mit den Rechtsradikalen umzugehen. Dies wird zumindest einem Teil von ihnen der Mut und die Motivation nehmen sich für ihre Ideologie weiterhin offensiv einzusetzen. Ohne eine gefestigte Organisation, wie sie bisher bestand, wird es den verbliebenen Rechtsextremisten sehr schwer fallen die Jugend für sich zu begeistern. Und wenn ihnen erst einmal der politische Nachwuchs ausbleibt, dann fehlt auch ein wichtiges, wenn nicht gar das wichtigste, Standbein des Rechtsextremismus.

### **4. Quelle: politik blog Deutschland**

#### **Contra überwiegt Pro - kein NPD Verbot**

Von [Martin Kulik](#) | 13. November 2006 | 12:55

Doch welche Vorteile hat ein Verbot?

- Ausschluss von der Parteienfinanzierung: die NPD könnte bei Wahlerfolgen nicht mehr von der staatlichen Parteienfinanzierung profitieren. Sie würde so einer ihrer wichtigsten Einnahmequellen beraubt.
- Ausschluss aus den Parlamenten: die NPD könnte nicht mehr zu Wahlen antreten und wäre folglich auch nicht mehr in den Parlamenten vertreten. Sie könnte selbige auch nicht mehr für ihre Propaganda instrumentalisieren.
- Aktivitäten der NPD wären illegal: in der Regel umfasst ein Verbot auch ein Verbot von entsprechenden Nachfolgeorganisationen. Dies hätte zur Folge, dass die NPD Aktivitäten stark eingeschränkt würden und - sofern sie weitergehen - nur konspirativ und unter Fahndungsdruck erfolgen könnten.

